

Volks-Zeitung

Verleger: Otto Kuntze, Berlin-Ostend

Redaktion: Dorotheenstraße 15, Berlin-Ostend

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen ausreichend, Preise für Seelische etwas anziehend, für Süßwasserfische nachgehend.

Druck und Verlag: Rudolf Kroll, Berlin

Strassenbahn 250, Umsteig. 350, Park-Ort 20, Fern-Anst. 40, Ausl. Hochb. IL 200, 250, III 150, 200, 180, Tischeb. u. Ungarn 140, Brief-Ort 40, Fern u. Gest. 100, Omnibus Teil 250, ganze Str. 300, Ausl. 300, Tachl. u. Ung. 240, Droschke: Kr x 3000, Pi x 2000, Telegr. 80 d. W., Grundgeb. 150, Teleph. 27800, Gravr. 30, Aut. 60, u. Ausland nach Währung

Dr. Cunos Besuch in München

Die Ankunft auf dem Hauptbahnhof - Begräbungen durch den Ministerpräsidenten und die Bürgermeister

München, 22. März. (Gen.) Reichskanzler Dr. Cuno ist heute morgen in München angekommen. Eine große Menschenmenge erwartete ihn am Bahnhof. Auch die Spitzen der staatlichen und künftigen Behörden, darunter Ministerpräsident Dr. v. Kulling, der Reichsgraf v. Saniel und die beiden Bürgermeister von München waren anwesend.

u. a. ausführlich: Wie der Widerstand an der Ruhr herausgewachsen ist aus der inneren Seele des Volkes, aus der Liebe des Volkes zum Lande und dem Wunsch nach einer friedlichen Entwicklung, so führt diesen Kampf das ganze deutsche Volk im befehligen und unbeeinträchtigten Gebiet. Keine Regierung kann in der heutigen Zeit den Widerstand gegenüber dem Feinde gewinnen, wenn sie sich nicht auf das ganze Volk stützt.

Wir müssen diesen Weg, den wir betreten haben, gerade und unbeirrt weitergehen. Wir müssen den Volk klar machen, daß innere Ordnung und einmütige Einstellung auf äußere Ziele unserer Politik dasjenige ist, von dem das Schicksal des deutschen Volkes und Landes abhängt.

Bei der Begräbungen des Reichskanzlers durch das gesamte Ministerium im Gebäude des Ministeriums des Innern sprach Dr. Cuno in Erwiderung auf die Begräbungsrede des Ministerpräsidenten die feste Überzeugung aus, daß die Reichsregierung und die bayerische Regierung in der gegenwärtigen schweren Zeit ein gleiches Ziel verfolgen und sich gegenseitig vertrauensvoll die Hände reichen.

Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß an der ruhigen und besonnenen Politik des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet unter allen Umständen festgehalten wird.

An dem Besuch im Ministerium des Innern, schloß sich ein Besuch im Landtag, wo Dr. Cuno vom Präsidenten Königshausen begrüßt und in Erwiderung auf dessen Worte

Was soll das?

Berlin, 22. März. (Gen.) Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands traten am Freitag in Berlin zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung zusammen.

Um den Schutz der Republik

Einsetzung der republikanischen Organisationen - Die Sturmabteilungen der Rechtsbanditen

Reichswehr und Zeittreue - Die Arbeiterschaft als Schutz der Republik

Aus sozialistischen Kreisen Thüringens schreibt man uns:

Die bürgerlichen und überdeutschen Herrschaften zeigen sich zurzeit nicht wenig darüber auf, daß zunächst in Thüringen und Sachsen die Arbeiterschaft sich anschick, einen republikanischen Bund zu bilden, und sich in die Hände zu versetzen. Man spricht wieder einmal nach der Reichsregierung und ihrem starken Arm wieder dieses Beginnen. Es ist ja auch vom Standpunkte der von der Republik arg verpönten Reichsarmee aus gesehen zu „anmaßend“ von jenen republikanischen Arbeitern, daß sie nicht gewillt sind, sich und die junge deutsche Republik durch die Bandenmäßigkeit angeblich „nationaler“, in Wahrheit feudalen und dynastischen, Bestrebungen dienstbar zu machen. Bisherige Bestrebungen zu lassen. Gegenüber der schlecht gezielten fittigen Entfaltung der Monarchie über die Einrichtung eines republikanischen Selbstschutzes müssen doch einige Maßnahmen herbeigeführt werden:

Zunächst ist, daß in Deutschland das Gros des Proletariats bisher davon Abstand genommen hat, für seine Ziele militärisch ausgezogene Wehren, Selbstschutzorganisationen usw. zu bilden. Wo Anstöße zu republikanischen Verteidigungsformationen bestanden, wurden sie in Verfolg des Friedensvertrages und der durch ihn bedingten Entwarnung den gesetzlichen Geboten entsprechend loyal aufgegeben, wobei gewisse Reichsbeamten, die heute leistungsgerecht der Ausstattung dieser republikanischen Organisationen ein besonders hartes Augenmerk zugewendet haben.

Zunächst ist ferner, daß so außer wenigen kaum ernsthaft in Frage kommenden Versuchen von kommunistischer Seite seit 2 Jahren die Gesamtheit der republikanischen deutschen Arbeiterschaft über keinerlei Selbstschutzorganisationen mehr verfügt. Diese Tatsachen können von niemanden behauptet werden. Wer eines andres behauptet, bewegt sich auf agitatorischen Zwecken im Reiche der Phantasie.

Wie steht es aber auf der anderen Seite, bei den Freunden der Monarchie, bei jenen politischen Kräften, die früher als die patentierten Anwälte staatlicher Ordnung und Gerechtigkeit sich aufspielen pflegten? Da sind trotz Entlassung und trotz aller Verbote eine große Zahl militärischer Organisationen nach wie vor zu finden, denen jede legale Grundlage fehlt.

Nur einige seien angeführt: Freikorps Dewitz, Freikorps Grenzmarkt, Freikorps Kossach, die berüchtigte Brigade Ehrhardt (F. C.), die allenfalls regelrechte Bezirke eingeteilt hat. Ihr Widerpart das Freikorps Oberland (München) ist in den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aufgegangen. Auch der leider vom Staatsrechtlich wieder gestaltete Jungdeutsche Orden muß an der Seite dieser Organisationen genannt werden. Seite dieser Organisationen nimmt allerdings zurzeit die mit der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei einhergehende Nationalsozialistische Arbeiterpartei ein. Sie hat ihre selbständigen Mitglieder in Sturmabteilungen

organisiert. Das Kommando dieser Sturmabteilungen (Befehlshaber Oberleutnant Rinsch) steht in München. Die Sturmabteilungen gliedern sich in Hundertschaften. Regimentsverbände sind in Bildung begriffen. Der Parteiführer Güller hat erklärt, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei müsse mit gewissen Reichsbeamten in engerer Fühlung. Im Reichstag wurde leider offenbart, daß Reichswehrdienststellen noch bis in die jüngste Zeit mit Zeittreueorganisationen, die durch offiziell längst aufgelöst sein sollen, und anderen Bänden der Reaktion lebhaft Beziehungen unterhielten.

Die Führer der Nationalsozialisten sehen gar nicht an, rückschrittlich zu erklären, daß sie bei der ersten passenden Gelegenheit die Arbeiter, die in der Sozialdemokratie organisiert sind, herabzuwerfen wollen.

Die außenpolitische Not hält diese forderbaren „nationalen“ Heiligen nicht ab, sich auf den Bürgerkrieg einzurichten, um die Sozialdemokratie, die größte Partei des deutschen Volkes, als die letzte Stütze der deutschen Republik in Trümmer zu schlagen. Das Reich weiß von allen diesen Dingen. Man sieht aber in Berlin gar zu lange Gemäch bei sich. Man hat angedeutet nicht Macht genug, dem Frevler zu steuern, zumal im Apparat der übernommenen alten Bureaucratie die Liebe zur republikanischen Staatsordnung nicht fehlt, und die Meinung, rechtsdemokratischen Treiben nachdrücklich entgegenzutreten, zweifellos recht geratlich ist.

Diese Tatsachen sind nicht abzuleiten. Kein Verteidigungsversuch kann sie aus der Welt schaffen. Die Aufgabe des effektiven Schutzes der Republik und des inneren Friedens bleibt wie stets in der Hauptsache der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit überlassen. Deren Arbeiterschaft, auf deren Schultern auch der weitaus größte Teil der gemäßigten Widerstandsbewegungen in die erste Reihe der deutschen Volkswirtschaft gelegt ist.

Bei einer internen republikanischen Tagung in Berlin hat einer der hervorragenden Reichstagsabgeordneten der Deutschen demokratischen Partei, allerdings ein Süddeutscher, aus eigenem Antrieb schon vor Jahr und Tag geäußert, „daß ohne die deutsche Arbeiterschaft die Republik lange wieder verloren worden sei! Der freiheitliche und demokratische Geist des deutschen Volkes ist jedenfalls für sich allein nicht in der Lage, die republikanische Verfassung wirksam zu schützen! Die nicht reaktionären Bürgerkreise sollten daher allezeit der deutschen Arbeiterschaft dankbar sein, daß sie gewillt ist, nicht nur mit deren Worten und mit Zeitungsartikeln, sondern auch durch praktische Tat die Republik vor allen Anschlägen sicherzustellen; sollte es, was es wohl!

Anfangs des großen Aufmarsches monarchistischer Kampforganisationen muß man aber fragen: Woher nehmen jene Rechtsanwältinnen und ihre direkten und indirekten Helfershelfer in den Rechtsparteien den Mut, sich über Selbstschutzmahnahmen, insbesondere der thüringischen und sächsischen Arbeiterschaft, zu erheben? Die Arbeiterschaft ist nicht nur naturgemäß an, gerüstet zu sein auf den Augenblick, den Geld Güter angeht, sondern hat.

Schnelldienst

Die Kaiser Polizei hat in der Anwesenheit zweier vier Personen vor sich, die in die Sache verwickelt sind.

Dr. Cuno ist heute morgen in München eingetroffen.

Die Besatzungsstruppen haben die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh gesperrt.

Die französischen Radikalsocialisten haben beschlossen, für die Ruhrrechte zu stimmen.

Vord Robert Cecil ist gestern nach den Vereinigten Staaten abgefahren, wohin er sich auf besondere Einladung des amerikanischen Vereins für Außenpolitik begibt.

Gestern wurde in der Bonner Towning Street ein Kabinettstrat abgehalten.

In Genf wird am Sonnabend eine Konferenz über die Vorführung des Washingtoner Marineabkommens beginnen.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der neue Sultan erkrankt und muß auf längere Zeit das Zimmer halten.

Vord d'Hermon hatte gestern im Foreign Office eine Zusammenkunft mit hochstehenden englischen Diplomaten.

Die aus Sofia gemeldet wird, ist die Bildung des bulgarischen Kabinetts beendet.

21 Personen darunter der Londoner Ratier von De Balera, wurden in Dublin verhaftet.

Der österreichische Nationalrat begann gestern die Beratung der neuen Verfassungsordnung.

Amerikanische Handelskreise haben einen neuen Plan für den europäischen Wiederaufbau ausgearbeitet.

In Belgien veranlassen die französischen Weinbesitzerungen, ohne daß dieser dazu erschienen.

Die erste Vollziehung der Sozialverordnungen zur Regelung der Orientierungen hat gestern unter Vorsitz von Vord Curzon stattgefunden.

Zum Dirigenten der Presse, Abteilung der Reichsregierung im Auswärtigen Amt ist Herrmann von S. Eichert ernannt worden.

Dollar: 20900

Ein entschleiertes Geheimnis

Das deutsche Angebot vor der Pariser Konferenz

Auf dem Umweg über Amerika wird nun endlich der deutschen Öffentlichkeit eine Frage beantwortet, die in den letzten Monaten immer wieder gestellt worden ist, ohne daß die zuständigen Stellen sich veranlaßt gesehen hätten, darauf Rede zu lassen. In den Kreisen, die aus den politischen Zusammenhängen heraus diese ablehnende Haltung der Reichsregierung gegenüber allen Fragen über den Inhalt des im Jahresverlauf formulierten und von dem Staatssekretär Bergmann nach Paris überbrachten, dort aber nicht zur Kenntnis genommenen deutschen Angebotes zu verstehen glaubten, hat man sich an diesem Fragepunkt nicht beteiligt und verächtlich von ihm abgesehen. Das hat nicht geblendet, daß von anderen Seiten die Frage immer wieder aufgenommen, immer dringlicher und hier und da mit schweren Vorwürfen bekräftigt, der Regierung entgegengehalten worden ist. Heute ist nun durch das Mittel der amerikanischen Presse jenes deutsche Angebot bekannt geworden.

Deutschland erklärte sich danach bereit, abgesehen von allem bis zum Beginn des Jahres 1923 bereits getätigten Leistungen an Barzahlungen, Sachleistungen, an liquidiertem deutschen Besitz, an Handelskapitalen, Kolonien, Kabinellen und an den Saugruben Frankreich als endgültige Reparationssumme dreißig Milliarden Goldmark zu zahlen. Diese Summe sollte durch drei internationalen Anleihen aufgebracht werden und zwar in einem Zeitraum von zehn Jahren, unter Sicherheit der deutschen Industrie und der deutschen Banken. Deutscherseits waren als Bedingungen gestellt, die Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, der schrittweise Abbau der fremden Besatzung und die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Wiewohl auch diese Vorschläge hinter den französischen Forderungen zurück, so dürfte bei gutem Willen auf der Gegenseite an ihnen doch nicht vorbeigegangen werden, denn eine Basis für einen geschäftlichen Meinungsaustausch bieten sie zweifellos. Daß lediglich der unbeherrschte Wille Poincarés, einen neuen, nach seiner Meinung verbindlichen Schluß gegen Deutschland zu führen, die Einleitung dieses Meinungsaustausches verhindert hat, wird durch die amerikanische Veröffentlichung des deutschen Angebotes bestätigt und unwiderlegbar erwiesen. Nach der amerikanischen Auffassung waren die Vorschläge Englands und Amerikas nicht amtlich über den Inhalt der deutschen Vorschläge unterrichtet, eine Behauptung, der allerdings die Erklärung Bonar Law's entgegensteht, daß er von ihnen keine Kenntnis gehabt habe; wobei zum mindesten fraglich bleibt, ob der englische Premierminister diese Abklärung im offiziellen oder offiziellen Sinne gemeint hat. Zum mindesten hat der englische Vertreter in der Reparationskommission das deutsche Angebot als eine tragfähige Verhandlungsgrundlage betrachtet.

Bonar Law selbst hat im Unterhause das deutsche Angebot als ein solches bezeichnet, das innerhalb der Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit liegt. Er hat zwar nicht gesagt, daß England es akzeptiert haben würde. Doch darf man das wohl annehmen. Es erhebt sich nur jetzt die Frage, ob infolge der französischen schweren Störung der deutschen Wirtschaft durch das Ruhrabenteuer das deutsche Angebot noch einen